

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1995

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Drucksachen 11/7500, 11/7970 -



Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge**

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales
Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für
Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie dem 45. Landesjugendplan -
wird mit den sich aus dem Bericht ergebenden Änderungen angenommen.

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 14. September, 28. September, 26. Oktober, 23. November und 30. November 1994 den Einzelplan 07 einschließlich der Ergänzungsvorlage - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 45. Landesjugendplan - beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	11/3213
des Landes Nordrhein-Westfalen	11/3214
	11/3229
	11/3316
	11/3330

Als Zuschriften sind eingegangen:

Diözesan-Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser in der Erzdiözese Köln	11/3552
Krankenhaus-Gesellschaft NRW	11/3553
Diözesanarbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser im Bistum Aachen	11/3636

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 30. November 1994 über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie über den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050, Kapitel 07 410 sowie den 45. Landesjugendplan - ab.

Das Ergebnis der Aussprache über die Änderungsanträge der Fraktionen ist aus dem Ausschußprotokoll 11/1422 ersichtlich.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen -, Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - und den 45. Landesjugendplan unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Bodo Champignon
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

zum Einzelplan 07

- Personalhaushalt -

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Einrichtung einer Dienststelle "Schwulen- und Lesbenreferat" im Kapitel 07 010</p> <p>mit einem Ansatz von 600 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Aufgabe des Referats ist die Verwirklichung der Gleichberechtigung lesbischer Frauen und schwuler Männer in Staat, Gesellschaft und in der Arbeitswelt, in Kultur, Wissenschaft und Bildung. Ziel seiner Arbeit ist die Akzeptanz lesbischer und schwuler Lebensweisen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die personelle Ausstattung des Schwulen- und Lesbenreferats erfolgt durch Schaffung von 6 zusätzlichen Planstellen. Die Besetzung erfolgt geschlechterparitätisch. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Begründung: Die gesellschaftliche Situation homosexueller Frauen und Männer hat sich durch die Arbeit der Lesben- und Schwulenbewegungen in den letzten Jahren positiv verändert. Dennoch sind Schwule und Lesben weiterhin in zahlreichen Rechtsbereichen wie auch im Alltagsleben empfindlichen Diskriminierungen ausgesetzt. Nordrhein-Westfalen hat bisher deutliche Initiativen zum Abbau gesellschaftlicher Vorurteile gegenüber Homosexualität und zur Förderung schwul-lesbischer Emanzipation vermissen lassen. In anderen Bundesländern wird dagegen zunehmend erkannt, daß die Verbesserung der Lebenssituation von Lesben und Schwulen in einer offenen Gesellschaft mit zu den Aufgaben staatlicher Politik gehört. So hat das Land Berlin 1989 ein "Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen" bei der Schulverwaltung eingerichtet. Auch auf kommunaler Ebene wurden bereits Stellen für Schwulen- und Lesbenbeauftragte eingerichtet, z.B. in Leipzig. Das Lesben- und Schwulenreferat soll die Erscheinungsformen der Diskriminierung Homosexueller aufzeigen und eine aktive Antidiskriminierungspolitik auf Landesebene entwickeln. Das soll geschehen durch Förderung von Forschungsarbeit über die gesellschaftliche Lage von Lesben und Schwulen sowie die Ursachen und Erscheinungsformen von Homosexuellenfeindlichkeit, durch Öffentlichkeitsarbeit, Maßnahmen zur Bildung und Fortbildung. Das Referat soll durch sachgerechte Information und Aufklärung gegen gesellschaftliche Vorurteile angehen und die soziale Akzeptanz schwuler und lesbischer Lebensweisen vorantreiben. Gleichzeitig soll das Referat die Emanzipation von Lesben und Schwulen in NW fördern, u.a. durch Unterstützung von Emanzipationsprojekten und Einrichtungen von Modellprogrammen.</p>	

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

zum Einzelplan 07

- Sachhaushalt -

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD	<p>Kapitel 07 020 Titel 684 30 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 100 000 DM auf 4 360 000 DM</p> <p><u>Änderungen der Erläuterungen, S. 55</u></p> <p>Ausgaben I. Institutionelle Förderung</p> <p>2. Sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>von 1 600 900 DM Erhöhung um 100 000 DM auf 1 700 900 DM</p> <p>Zwischensumme I 5 473 900 DM</p> <p>Finanzierung der Ausgaben: I. Institutionelle Förderung</p> <p>1. Eigene Mittel und sonstige Mittel</p> <p>von 1 140 500 DM Erhöhung um 200 000 DM auf 1 340 500 DM</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 1		<p>5. Zuschuß des Landes NRW aus Kapitel 07 020 Titel 684 30</p> <p>von 4 233 400 DM Kürzung um 100 000 DM auf 4 133 400 DM</p> <p>Zwischensumme I 5 473 900 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Einnahmen haben sich bei der TBS günstiger als angenommen entwickelt. Die zusätzlichen Einnahmen lassen sich allerdings nur erwirtschaften, wenn die Sachausgaben (Seminarunterlagen für Teilnehmer etc.) wieder angehoben werden.</p>	
2	F.D.P.	<p>Kapitel 07 020 Titel 684 30</p> <p>Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 1 000 000 DM auf 3 760 000 DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
3	GRÜNE	<p>Kapitel 07 020 Titel 831 10</p> <p>Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 26 000 DM auf 0 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Es gibt keine "sozialverträgliche" Arbeitnehmerüberlassung. Die Wahrnehmung ihrer Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz ist Leiharbeiter/innen selbst im günstigsten Fall nur mit erheblichen Einschränkungen möglich. Leiharbeit als Form prekärer Beschäftigung ist generell zurückzudrängen. Hoffnungen auf eine Vermittlung Langzeiterwerbsloser in feste Arbeitsverhältnisse durch Arbeitnehmerüberlassung sind unbegründet. Eher ist davon auszugehen, daß hier ein weiteres, in der Öffentlichkeit zudem als "sozialverträglich" apostrophiertes Instrument zur Erweiterung betrieblicher Randbelegschaften entsteht, die zum Abbau geschützter Arbeitsverhältnisse beiträgt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	GRÜNE	<p>Kapitel 07 020 Titel 972 10 wird gestrichen</p> <p><u>Begründung:</u> Nach den Berechnungen des grünen Alternativhaushalts ist die vorgesehene Globale Minderausgabe von 44,116 Mio. im Haushalt des MAGS finanzpolitisch verzichtbar. Die erforderliche Deckung wird durch die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen im Haushalts- und Finanzausschuß erwirtschaftet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
5	GRÜNE	<p>Einrichtung einer neuen Titelgruppe bei Kapitel 07 020 "Förderprogramm 'Soziale Betriebe' zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose"</p> <p>mit einem Ansatz von 25 000 000 DM und einer VE von 20 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: Gefördert werden Betriebe, die Langzeitarbeitslose mit Aufgaben in innovativen oder gesellschaftlichen Mangelbereichen dauerhaft beschäftigen. Die Förderung erfolgt in der Regel fünf Jahre.</p> <p><u>Begründung:</u> Das Programm "Soziale Betriebe" hat zum Ziel, insbesondere Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven sinnvoller Erwerbsarbeit zu eröffnen. Gefördert werden Betriebe, die zu tariflichen Mindeststandards Dauerarbeitsplätze für Langzeitarbeitslose anbieten. Ziel ist, nach Ablauf des fünfjährigen Förderzeitraums zu erreichen, daß sich der Betrieb selbst tragen kann. Mindestens die Hälfte der geförderten Arbeitsplätze ist an Frauen zu vergeben. Bei der Ausgestaltung des Projektes sollen die Erfahrung des niedersächsischen Modells der "Sozialen Betriebe" herangezogen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
6	SPD	<p>Kapitel 07 020 TG 60 Titel 812 60</p> <p>Kürzung des Ansatzes um 300 000 DM auf 4 700 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Deckung für Kapitel 07 080 Titel 684 64</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD	<p>Kapitel 07 020 TG 64 Förderung von Bau- und Ausstattungsinvestitionen für Einrichtungen der beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung (Berufsbildungsstätten), S. 62</p> <p><u>Anbringung eines Zufließvermerks:</u></p> <p>"Die Übertragung eines Betrags in Höhe von maximal 500.000 DM an TG 80 ist möglich"</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
8	GRÜNE	<p>Kapitel 07 020 TG 72 UT 1 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 70 000 000 DM auf 143 800 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: " Aus den veranschlagten Mitteln werden die Fördersätze für die TeilnehmerInnen des ASH-Programms auf 1 600,- DM aufgestockt und die Anzahl der Maßnahmen erheblich aus- weitert.</p> <p><u>Begründung</u> Die bestehende Regelung sieht einen Förderansatz von 1 040 DM vor. Für viele SozialhilfeeinpfängerInnen, insbesondere Personen mit Kindern sind die Einkommen, die sie über eine ASH-Stelle beziehen können, für eine Existenzsicherung zu niedrig. In nicht wenigen Fällen ist mit einem ASH-Arbeitsverhältnis oft eine finanzielle Schlechterstellung gegenüber dem Sozialhilfebezug verbunden. Zwar wird gemäß der Richtlinien i. d. R. eine tarifliche Vergütung gezahlt. Doch wird dies dadurch kompensiert, daß die Stundenzahl an die verfügbaren ASH-Mittel angepaßt wird. Die auf diese Weise oftmals ausgewiesenen 20 - 22 Stunden-Stellen können dann im Effekt den notwendigen Lebensunterhalt kaum sichern. Die Landesförderung pro TeilnehmerIn muß deshalb angehoben werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	GRÜNE	<p>Kapitel 07 020 TG 76</p> <p>Wird ein Untertitel eingerichtet mit der Bezeichnung "Zuschüsse zur Unterstützung von Arbeitslosenzentren und -initiativen" mit einem Ansatz von 5 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Arbeitslosigkeit in NRW ist in diesem Jahr weiter angestiegen. Arbeitslosenzentren (ALZ) haben nicht an ihrer Bedeutung eingebüßt. Die neuen Förderrichtlinien dürfen nicht zu einer Einschränkung der Arbeit der Arbeitslosenzentren führen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	GRÜNE	<p>In Kapitel 07 020 wird bei allen Titeln/Titelgruppen, die der Förderung von Beschäftigung und von arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen dienen, in die Erläuterungen aufgenommen:</p> <p>Die veranschlagten Mittel werden bei neu beginnenden Maßnahmen so verausgabt, daß sie Frauen und Mädchen mindestens gemäß ihrem landesweiten Anteil an der jeweils betroffenen Gruppe der auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten zugute kommen. Die betreffenden Fördergrundsätze und Richtlinien werden entsprechend modifiziert.</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung: Die Erwerbslosigkeit von Mädchen liegt überall höher als die von Jungen. Mädchen finden schwerer eine Lehrstelle als Jungen. Frauen sind häufiger ohne abgesicherte Erwerbsarbeit als Männer. Bezieht man die Zahl der arbeitslos registrierten Frauen auf ihren Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung, fällt ihre Benachteiligung besonders stark ins Auge. Trotzdem kommen weibliche Erwerbslose seltener in den Genuß beschäftigungsfördernder und qualifizierender Maßnahmen als Männer.</p> <p>Finanzielle Mittel, mit deren Hilfe die Benachteiligung von Frauen und Mädchen bekämpft werden kann, sind unter anderem in den o.g. Landesprogrammen vorgesehen. Es gibt keinen Grund, diese Mittel nicht den besonders benachteiligten Gruppen - Frauen und Mädchen - zugute kommen zu lassen. Auch die Landesverfassung gebietet, Frauen und Männer im Erwerbsleben gleichzustellen. Höhere Kosten entstehen dem Land nicht.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 "Modellprojekt unabhängige Sozialhilfeberatung" mit einem Ansatz von 3 500 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: Mit den veranschlagten Mitteln werden im Rahmen eines dreijährigen Modellprogramms mindestens 20 Sozialhilfeberatungsstellen mit je zwei Fachkräften zuzüglich eines Sachkostenansatzes gefördert.</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><u>Begründung:</u> Das Bundessozialhilfegesetz sieht eine unabhängige Beratung von LeistungsempfängerInnen vor. Vielerorts ist diese Beratung derzeit nicht oder nicht in ausreichendem Maße gewährleistet. Eine Förderung freier Sozialhilfeberatungsstellen soll eine entsprechende Beratung sichern. Über das Modellprogramm sollen einerseits bereits tätige freie Beratungsstellen, die i.d.R. völlig unzureichend abgesichert sind, unterstützt, und andererseits an Orten, wo bislang kein entsprechendes Beratungsangebot besteht, ein solches aufgebaut werden. Mittelfristiges Ziel ist der Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur unabhängiger Sozialhilfeberatungsstellen in NRW. Das Modellprojekt soll aussagefähige empirische Hinweise und Aufschlüsse über die dabei zu berücksichtigenden Probleme geben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 "Zuschüsse an landesweit tätige Organisationen der Schulen - und Lesbenemanzipation und -selbsthilfe" mit einem Ansatz von 900 000 DM In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>Die Zuschüsse gehen zu gleichen Teilen an das Schwule Netzwerk Nordrhein-Westfalen e.V. und an den Schwulenverband in Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen (SVD-NRW) e.V.</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich</p> <p><u>Begründung:</u> Schwule sind in der Gesellschaft weiterhin von zahlreichen Diskriminierungen betroffen. Den landesweit tätigen Organisationen, Schwules Netzwerk Nordrhein-Westfalen e.V. und Schwulenverband in Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen (SVD-NRW) e.V., kommt daher eine wichtige Funktion zu. Sie sind Anlaufstellen für Rat- und Informations-suchende zum Thema Homosexualität. Gleichzeitig dient ihre Aufklärungsarbeit dem Abbau gesellschaftlicher Diskriminierungen. Die Erhöhung der Förderung (bisher 200.000 DM) entspricht dem tatsächlichen Bedarf einer sachgerechten Beratungs- und Informationsarbeit beider Verbände.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 TG 60 Erhöhung des Ansatzes um auf 2 000 000 DM 9 200 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Erhöhung ist notwendig für die bedarfsgerechte Erweiterung des Angebotes durch Betreuungsvereine.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
14	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Untertitels bei Kapitel 07 040 TG 70 "Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit" mit einem Ansatz von 10 000 000 DM und einer VE von 5 000 000 DM In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Gefördert werden u. a.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Projekte betreuten Wohnens für alleinstehende Wohnungslose; - spezielle Wohn- und Betreuungsangebote für alleinstehende wohnungslose Frauen; - Fachberatungsstellen. <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
		<p><u>Begründung:</u> Die bestehenden Angebote und Einrichtungen für alleinstehende Wohnungslose richten sich fast ausschließlich an Männer. Demgegenüber hat besonders die Zahl der obdachlosen Frauen und jungen Erwachsenen in den letzten Jahren erheblich zugenommen. In einigen Städten beträgt der Anteil der Frauen an den alleinstehenden Wohnungslosen mittlerweile rd. 20 %.</p> <p>Mangels kurzfristiger Perspektiven zur Überwindung der Wohnungsnot und zur Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an bezahlbarem Wohnraum durch den Markt sind besondere Anstrengungen zur Schaffung geeigneter Hilfen für alleinstehende Wohnungslose (insbesondere Frauen und junge Erwachsene) unabweisbar.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 TG 71 "Förderung von Leben in selbstgewählten Wohnformen für Menschen mit Behinderungen"</p> <p>- Zuschuß zu Bau- und Einrichtungskosten - mit einem Ansatz von 5 000 000 DM und einer VE von 5 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Gefördert werden sollen offene, in das Gemeinwesen integrierte Wohnformen"</p> <p><u>Begründung:</u> Dem Bedarf nach individuellen Wohn- und Lebensformen muß wesentlich stärker als bislang entsprochen werden. Aus der HHSt sollen Projekte gefördert werden, die ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Stadtteil ermöglichen, z. B. Wohngemeinschaften "autonom Leben".</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
16	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 TG 71 "Förderung für Beratungsstellen 'Selbstbestimmtes Leben Behindert'" mit einem Ansatz von 2 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Es sollen unabhängige Koordinierungs- und Beratungsstellen für Behinderte gefördert werden. Die bislang gemachten Erfahrungen aus den Modellprojekten sind durchweg positiv. Die Einrichtung weiterer Beratungsstellen ist notwendig.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 Titel 684 90 Erhöhung des Ansatzes um auf 1 000 000 DM 8 500 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: 1. Förderung der Alterselbsthilfe 700 000 DM 2. Erholungsmaßnahmen für alte Menschen 7 800 000 DM</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Neufassung der Richtlinien erfordert bei einer bedarfsgerechten Umsetzung einen erhöhten Haushaltsansatz.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
18	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 TG 91 Erhöhung des Ansatzes um auf 9 650 000 DM 76 650 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>Die Mehrausgaben sind vorgesehen für die Untertitel UT 2. Wohnberatung 950 000 DM Erhöhung des Ansatzes um 2 000 000 DM auf UT 3. Wohnraumanpassungshilfen Erhöhung des Ansatzes um 1 400 000 DM auf 1 500 000 DM UT 4. Maßnahmen zur Förderung neuer Wohnformen Erhöhung des Ansatzes um 4 800 000 DM auf 5 000 000 DM neuer UT 10. Fortbildung und Unterstützung in Fragen der Sterbebegleitung Ansatz 2 500 000 DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p><u>Begründung:</u></p> <p>Trotz einer Ausweitung des Angebotes an ambulanten Hilfen wird das Pflegeangebot dem Bedarf noch nicht gerecht. Viele Sozialstationen sind in der Nacht nicht zu erreichen. Die Pflege am Wochenende ist eingeschränkt. Eine Betreuung über 1-2 Stunden pro Tag hinaus kann nur in Ausnahmefällen geleistet werden. Die Arbeit der Sozialstationen findet aus Kostengründen unter erheblichen Zeitdruck statt. Durchschnittlich wird ein Hausbesuch mit 20-30 Minuten angesetzt.</p> <p>Eine konsequente Förderung ambulanter Hilfen muß auch bei eintretendem höheren Pflegebedarf ein Verbleiben im gewohnten Lebens- und Wohnumfeld sichern. Hierzu gehört auch ein Angebot an zeitintensiven Hilfen für die Pflege zu Hause.</p> <p>Ambulante Pflegedienste sind flächendeckend auszubauen und um bislang vernachlässigte Betreuungsfelder (geronto-psychiatrische Hilfen, Sterbebegleitung, hauswirtschaftliche Hilfen etc.) zu erweitern.</p> <p>Die ambulante psychiatrische Versorgung muß über eine entsprechende Förderung von Fachpflegekräften in Sozialstationen und bei ambulanten Diensten ausgebaut und die Fortbildung und Unterstützung in Fragen der Sterbebegleitung erheblich ausgeweitet werden.</p> <p>Einen Schwerpunkt in der Förderung muß dem Aufbau 'neuer Wohn- und Betreuungsformen' zukommen. Perspektivisch müssen flächendeckend entsprechende entwickelt werden.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
19	CDU	<p>Kapitel 07 040 TG 92 Titel 863 92</p> <p>Erhöhung des Ansatzes um auf</p> <p>Begründung: Mit der Erhöhung des Ansatzes soll der Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege in Nordrhein-Westfalen beschleunigt werden. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen 1000 Tages- und 250 Kurzzeitpflegeplätze 1995 geschaffen werden</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 TG 92</p> <p>UT 1. Tagespflegeplätze Erhöhung des Ansatzes um auf</p> <p style="padding-left: 40px;">30 000 000 DM 41 233 400 DM</p> <p>UT 2. Kurzzeitpflege Erhöhung des Ansatzes um auf</p> <p style="padding-left: 40px;">25 000 000 DM 119 893 000 DM</p> <p>Erläuterungen: Die zusätzlichen Mittel sind für die Schaffung von Kurzzeitpfle- geplätzen zu verwenden.</p> <p>neuer UT 7. Umgestaltung von Altenpflegeheimen zu Einrich- tungen neuer Wohn- und Betreuungsformen Ansatz</p> <p style="padding-left: 40px;">25 000 000 DM</p> <p>neuer UT 8. Förderung neuer Wohnformen für ältere Menschen Ansatz</p> <p style="padding-left: 40px;">25 000 000 DM</p> <p>Erläuterung: Aus den veranschlagten Mitteln werden Darlehen für investive Maßnahmen für Wohngruppen u.ä. vergeben.</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Begründung:</p> <p>Der Bedarf an neuen Wohn- und Betreuungsformen alter Menschen wie auch generationsübergreifenden Wohnens steigt. Der Wunsch alter Menschen nach selbstbestimmter Lebensführung bleibt in den überkommenen Altenhilfekonzepten allerdings weitgehend unberücksichtigt. Die Unterstützung häuslicher Pflege ist i.d.R. nur auf die Verlängerung des Verbleibs in der eigenen häuslichen Umgebung gerichtet, nicht aber auf das Ziel einer grundsätzlichen Vermeidung der Heimunterbringung.</p> <p>Statt der zunehmenden Errichtung weiterer großstationärer Einrichtungen muß im Sinne einer Sicherung der Selbstbestimmung im Alter und bei Pflegebedürftigkeit eine Palette differenzierter, auf unterschiedliche Wohn- und Lebenssituationen ausgerichteter Angebote geschaffen werden. Bestehende Wohngemeinschaften und betreute Wohngruppen haben die Möglichkeit selbstbestimmten Wohnens alter Menschen auch bei Pflegebedürftigkeit aufgezeigt. Auch für Menschen, die eine zeitintensive Betreuung benötigen, sind diese Wohnformen eine Alternative zur Heimunterbringung.</p> <p>Die räumlichen Gegebenheiten in den Großeinrichtungen der stationären Altenhilfe tragen nach wie vor zu einer Ghettosituation und einer reinen Verwahrpflege bei. Die Wahrung der Intimsphäre der HeimbewohnerInnen, die Möglichkeit des Rückzugs in die "eigenen" Räumlichkeiten ist zumeist nicht möglich.</p> <p>Über die neuen Untertitel soll insbesondere der Aufbau von räumlich abgegrenzten Wohn- und Pflegegruppen bis zu ca. acht Personen sowie die gemeindenahme Einrichtung von betreuten Wohngruppen - besonders für demente oder psychisch kranke alte Menschen - gefördert werden.</p> <p>Durch investive Hilfen soll das Land modellhafte Formen gemeinschaftlichen Wohnens alter Menschen unter sich und zusammen mit jungen Menschen in Wohn- und Hausgemeinschaften fördern, auch im Zuge von Neubaumaßnahmen oder Umbau im Bestand.</p> <p>Die zunehmenden Anforderungen an ambulante Dienste bezügl. zeit- und pflegeintensiver Hilfen erfordern eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Tagespflegeangeboten. Defizite ambulanter Hilfen im zeitintensiven Betreuungsbereich können darüber ausgeglichen werden. Der Verbund ambulanter Hilfen mit Tagespflegeangeboten bildet ein Gesamtkonzept, das pflegebedürftigen Menschen ein Leben im gewohnten Wohnumfeld sichern kann.</p> <p>Das Tagespflegeangebot ist in NRW immer noch völlig unzureichend. Die für 1995 geplanten 310 Plätze liegen weit unter dem im Landesaltenplan selbst gesteckten Ziel, innerhalb von sieben Jahren ein Angebot von 7.500 Tagespflegeplätzen in NRW aufweisen zu können.</p> <p>Soll diese Zahl im vorgesehenen Zeitraum von sieben Jahren erreicht werden, müssen jährlich mehr als 1.000 zusätzliche Tagespflegeplätze eingerichtet</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
21	CDU	<p>Soll diese Zahl im vorgesehenen Zeitraum von sieben Jahren erreicht werden, müssen jährlich mehr als 1.000 zusätzliche Tagespflegeplätze eingerichtet werden. Der Haushaltsplanentwurf sieht hierfür keine ausreichenden Gelder vor. Zudem müssen die o.g. Bedarfsschätzungen mittel- und langfristiger als viel zu gering eingestuft werden.</p> <p>Für viele Träger, die ein Tagespflegehaus errichten möchten, gestaltet sich die Finanzierung nach wie vor schwierig. So werden die Darlehen der Landesregierung nur für den Bau nicht aber für den Umbau oder die Einrichtung von angemieteten Räumlichkeiten gewährt. Die Träger bleiben hier auf Gelde der der Stiftung Wohlfahrtspflege bzw. des Kuratoriums Deutsche Altershilfe angewiesen. Besonders für viele kleine Träger werden hier fast unüberwindbare Schwierigkeiten aufgebaut. Hinzu kommen Probleme im Bereich der Betriebskostentfinanzierung. Die Landschaftsverbände erkennen bei angemieteten Räumlichkeiten nur die ortsübliche Miete für Wohnraum bei der Refinanzierung über den Pflegesatz an. I.d.R. sind diese Mietansätze für geeignete neuvermietete Räumlichkeiten viel zu niedrig angesetzt.</p> <p>Im Rahmen der eigenen Zuständigkeit soll die Landesregierung die Darlehen für die Investitionsförderung pro Platz erheblich steigern und entsprechende Darlehen auch für den Umbau geeigneter Objekte gewähren.</p> <p>Kapitel 07 040 TG 92 Titel 893 92 Erhöhung des Ansatzes um 3 375 000 DM auf 18 575 000 DM</p> <p>Begründung Die Erhöhung wird benötigt, um die Erstaussstattung der neu zu schaffenden 1000 Tages- und 250 Kurzzeitpflegeplätze zu finanzieren.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
22	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 TG 92 Die Titel 853 92 und 863 92 erhalten eine verbindliche Erklärung.</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>Es sollen vorrangig Einrichtungen gefördert werden, die neue Konzepte in der Altenhilfe berücksichtigen. Hierzu gehören u.a. folgende Kriterien:</p> <p>Stadtteilorientierung (u.a. Öffnung der Einrichtung für das Gemeinwesen)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung mit max. 40 Plätzen - Aufbau von Verbundsystemen - Betreute Wohngruppen - Einzelzimmer und individuelle Wohnbereiche <p>Abkehr von der Funktionspflege hin zu einer ganzheitlichen Wohngruppenpflege</p> <p>aktivierende und rehabilitierende Pflege</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Landesregierung muß die Qualität der Pflege und die Bedürfnisse der alten Menschen stärker in den Vordergrund der Altenhilfeplanungen stellen. Dies muß auch bei der Ausweisung der Haushaltsmittel im Ausdruck kommen. Die großen stationären Einrichtungen entsprechen i.d.R. nicht den Lebensnahmen Wohnheiten und Bedürfnissen der betroffenen Menschen. Im Bereich der stationären Pflege sollten nur noch Einrichtungen gefördert werden, die den individuellen Bedürfnissen alter Menschen eher gerecht werden können und von ihrem Konzept her dazu beitragen können, die eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen der Bewohnerinnen zu erhalten bzw. zurückzugewinnen. Eine Ghettosituation, wie sie bei großstationären Einrichtungen die Regel darstellt, muß vermieden werden.</p>	abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
23	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 TG 93 Erhöhung des Ansatzes um auf 12 000 000 DM 39 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>Die Landesregierung übernimmt bei der berufsbegleitenden Ausbildung die Kosten der Ausbildungsphasen, die nicht über die Bundesanstalt für Arbeit nach dem AFG finanziert werden</p> <p>Die Förderung der Fachseminare wird aufgrund der Einführung der dreijährigen Altenpflegeausbildung entsprechend angehoben</p> <p><u>Begründung:</u> Die Ausbildungskosten für die berufsbegleitende Ausbildung in der Altenpflege wurde bis Anfang 1992 vom Land in Höhe von 600 DM pro Schülerin und Schüler im Monat übernommen. Seitdem wird dieser Ausbildungsgang vom Arbeitsamt finanziert. Die Ausbildung umfaßt eine Dauer von insgesamt 36 Monaten. Hieran schließt ein Anerkennungsjahr an. Die dreijährige Ausbildung an einem Altenpflegese-minar gliedert sich i.d.R. in eine Schulphase von 21 Monaten mit einem theoretischen- und fachpraktischem Unterricht sowie einer Berufsphase. Bis zur Umstellung der Kostenträgerschaft hat das Land die Ausbildungskosten für die gesamte dreijährige Ausbildung übernommen. Vom Arbeitsamt werden nur noch die Ausbildungskosten für die Schulphase übernommen. Die Altenpflegese-minare, insbesondere die kleineren Einrichtungen, sind bzw. werden hierdurch in massive finanzielle Schwierigkeiten geraten. Das Land soll die Kosten für die Ausbildungsvergütung in der Altenpflege übernehmen, soweit keine andere Finanzierung, z.B. über eine bundesgesetzlich einheitliche Regelung, erfolgt. Das Landesaltenpflege-Gesetz sieht eine dreijährige Ausbildung vor. Die Förderung der Fachseminare für Altenpflege ist allerdings noch nicht entsprechend angehoben worden. Eine entsprechende Anhebung der Förderung für die Ausbildungsstätten ist allerdings dringend notwendig.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
24	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Zuschüsse an den Flüchtlingsrat NRW" mit einem Ansatz von 500 000 DM</p> <p>Deckungsvermerk: Minderausgaben bei 07 060, Titel 684 14 und 684 30 sowie TG 61</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>Das Land fördert die unabhängige Tätigkeit des Flüchtlingsrats NRW.</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><u>Begründung:</u> Das Land anerkennt die wertvolle Tätigkeit des nordrhein-westfälischen Flüchtlingsrats und der ihm angeschlossenen örtlichen Flüchtlingsräte und Initiativen als unverzichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen, zur Unterstützung von Asylsuchenden im Verfahren und zum Abbau von Vorurteilen in der Bevölkerung. Die mit der Asylgesetzgebung verbundene Verschlechterung der Situation von Flüchtlingen hat die Bedeutung dieser Arbeit noch gesteigert.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
25	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Förderung der beruflichen Aus- und Fortbildung von Flüchtlingen" mit einem Ansatz von 10 000 000 DM und einer VE von 5 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die veranschlagten Mittel dienen der Förderung von Angeboten zur beruflichen Erstausbildung und beruflichen Qualifizierung für de-facto-Flüchtlinge und Kriegsflüchtlinge."</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung: De-facto-Flüchtlinge und Kriegsflüchtlinge verfügen im Vergleich zu Asylberechtigten über unzureichende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Da jedoch ihr Aufenthalt oft über viele Jahre andauert, muß zum Zweck der sozialen und beruflichen Integration der Zugang zu Regelangeboten der Aus- und Weiterbildung ermöglicht bzw. erforderlichenfalls ein ergänzendes Angebot geschaffen werden. Berufliche Erstausbildung und Fortbildung von Kriegsflüchtlingen ist darüberhinaus ein konkreter Beitrag zum künftigen Wiederaufbau im Heimatland. Eine teilweise Refinanzierung ist durch sinkende Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen wegen verbesserter Erwerbsarbeitschancen zu erwarten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
26	GRÜNE	<p data-bbox="167 705 279 1612">Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Förderung von Sprachkursen für Migrant/inn/en und Flüchtlinge"</p> <p data-bbox="279 705 359 1612">mit einem Ansatz von 7 000 000 DM und einer VE 3 000 000 DM</p> <p data-bbox="391 1019 422 1612">In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p data-bbox="462 660 686 1612">Die veranschlagten Mittel dienen dem Aufbau eines differenzierten Angebots von Deutschkursen für Migrant/inn/en (einschließlich Aussiedler/innen) und Flüchtlinge (einschließlich Asylsuchende), um die sprachlichen Voraussetzungen für ein selbstständiges Leben in der Gesellschaft und zur beruflichen und sozialen Integration zu schaffen bzw. zu verbessern.</p> <p data-bbox="726 1075 758 1612">Diese Erläuterungen sind verbindlich:</p> <p data-bbox="798 1422 829 1612"><u>Begründung:</u></p> <p data-bbox="829 660 1021 1612">Unzureichende Sprachkenntnisse bei Einwanderinnen, Einwanderern und Flüchtlingen sind vielfach ein wesentliches Hindernis für die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, für die schulische, berufliche und soziale Integration sowie für den Abbau bestehender Vorurteile in der Bevölkerung. Durch die Streichung der Förderung von Sprachkursen für Aussiedler/innen im AFG hat die Bundesregierung zur Verschärfung der Probleme beigetragen.</p> <p data-bbox="1021 683 1189 1612">Schlechte Eingliederungschancen durch sprachliche Defizite ziehen nicht zuletzt erhebliche soziale Folgekosten, insbesondere für die Städte und Gemeinden, nach sich. Diese abzubauen und möglichst zu vermeiden und die Teilhabechancen von Migrant/inn/en und Flüchtlingen zu verbessern, ist Ziel der Landesförderung.</p> <p data-bbox="1189 672 1364 1612">Der Aufbau entsprechender Angebote muß zunächst in den Regionen und Standorten beginnen, in denen Aussiedler/innen, Einwander/inn/en und Flüchtlinge die erste Phase ihres Aufenthalts in NRW verbringen (Standorte von Erstaufnahmeeinrichtungen, Kommunen mit überdurchschnittlich hoher Zuwanderung).</p>	<p data-bbox="167 481 199 627">abgelehnt</p> <p data-bbox="231 560 263 627">SPD</p> <p data-bbox="271 560 303 627">CDU</p> <p data-bbox="311 537 343 627">F.D.P.</p> <p data-bbox="351 515 383 627">GRÜNE</p> <p data-bbox="231 336 263 403">nein</p> <p data-bbox="271 336 303 403">nein</p> <p data-bbox="311 336 343 403">nein</p> <p data-bbox="351 369 383 403">ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
27	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Förderung von Angeboten zur psychosozialen Betreuung ausländischer Flüchtlinge" mit einem Ansatz von 2 500 000 DM und einer VE von 1 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die veranschlagten Mittel dienen dem Ausbau der psychosozialen Zentren Köln und Düsseldorf sowie der Schaffung ergänzender dezentraler Angebote zur psychosozialen Therapie und Betreuung von Asylsuchenden und anderen ausländischen Flüchtlingen."</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><u>Begründung:</u> Asylsuchende und Flüchtlinge kommen nicht selten vor dem Hintergrund eines psychisch schwer verarbeitbaren Verfolgungsschicksals, etwa durch erlittene Folterungen, Vergewaltigungen, oder den gewaltsamen Verlust nahestehender Menschen. Gerade unter den Flüchtlingen aus dem jugoslawischen Kriegsgebiet sind viele mit schwersten traumatischen Erfahrungen. Vor allem Frauen gehören angesichts von Massenvergewaltigungen und Zwangsprostitution zu den Hauptbetroffenen. Dazu kommen die vielfältigen Belastungen durch das neue Leben in einer zunächst völlig fremden Umgebung mit anderen ethischen und kulturellen Normen und - bei Asylsuchenden - den Verlust alltäglicher Selbstbestimmungsrechte infolge von Sachleistungsregelungen. Die bisherigen Kapazitäten der beiden existierenden psychosozialen Beratungsstellen sind den Aufgaben bei weitem nicht mehr angemessen</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
28	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Zuschüsse für Ergänzungsunterricht an Kindern von Asylsuchenden und ausländischen Flüchtlingen" mit einem Ansatz von 1 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Gefördert werden Angebote zum ergänzenden Unterricht von Kindern ausländischer Flüchtlinge einschließlich eines muttersprachlichen Unterrichts, sofern dieser über das regelschulische Angebot nicht realisierbar ist."</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung: Zum Ausgleich besonderer Benachteiligungen von Kindern ausländischer Flüchtlinge bei der Integration in Regelschulen, sind entsprechende Ergänzungs- und Nachhilfeangebote bereitzustellen, die den Bildungszugang sichern und den schulischen Erfolg fördern. Zur Minderung sprachlicher und kultureller Entfremdungsprobleme bei Rückkehr von Kriegs- und de-facto-Flüchtlingen sind Angebote muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts von wesentlicher Bedeutung. Im übrigen ist der Kultusminister gefordert, endlich einen Rechtsanspruch auf Beschulung von Flüchtlingskindern zu schaffen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
29	GRÜNE	<p>Kapitel 07 060 Titel 643 10 Neue Bezeichnung "Erstattung von Sozialhilfeleistungen für Flüchtlinge" Erhöhung des Ansatzes um 60 000 000 DM auf 123 000 000 DM</p> <p>Vermerk: Aus diesem Titel werden den Städten und Gemeinden Kosten erstattet, die ihnen für Flüchtlinge außerhalb des Asylverfahrens entstehen. Mehr in Anpassung an die beabsichtigte Ausgabenentwicklung.</p> <p>Begründung: Nach wie vor blockiert die Bundesregierung eine rechtliche Regelung des Status der Bürgerkriegsflüchtlinge nach § 32 a AuslG sowie die ursprünglich zugesagte hälftige Beteiligung an der Kostenerstattung für die Städte und Gemeinden. Mit der Ablösung der früheren Erstattung der tatsächlichen Kosten durch eine pauschlierten <i>Kostenbeteiligung</i> des Landes im AG-AsylbLG kommen auf die Kommunen erhebliche Mehrbelastungen für die Erfüllung der staatlichen Aufgabe der Flüchtlingsaufnahme zu. Angesichts der sich zuspitzenden Lage kommunaler Haushalte ist dies unakzeptabel, vor allem im Interesse der Sicherung menschenwürdiger Lebensbedingungen für die betroffenen Flüchtlinge. Ziel muß sein, den Städten und Gemeinden die tatsächlichen Kosten für Unterbringung, Versorgung und soziale Betreuung für alle tatsächlich anwesenden Flüchtlinge ohne Einschränkung auf bestimmte asyl- und ausländerrechtliche Statusgruppen. Dafür ist auch der Bund in die Pflicht zu nehmen.</p>	abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
30	CDU	<p>Kapitel 07 060 Titel neu 684 13 Zuschüsse zu Verwaltungskosten der auf Landesebene tätigen Vereinigungen der Vertriebenen und Flüchtlinge (ohne Patenlandsmannschaften) sowie der Vereinigungen der Kriegssachgeschädigten</p> <p>Ansatz 150 000 DM</p> <p>Begründung: Die Streichung der Mittel im Jahr 1993 war völlig unangemessen und hat der wichtigen Arbeit der Vertriebenenverbänden geschadet. Der Haushaltsansatz von 150.000 DM soll dazu dienen, daß die Verbände ihre für die Völkerverständigung wichtigen Aufgaben auch weiterhin wahrnehmen können. Die Deckung wird durch die Anträge der CDU-Vertreter im Haushalts- und Finanzausschuß erwirtschaftet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
31	GRÜNE	<p>Kapitel 07 060 Titel 684 14 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 136 500 DM auf 0 DM und Kürzung der VE um 45 000 DM auf 0 DM</p> <p>Begründung: Für eine staatliche Förderung von Patenlandsmannschaften und ihrer Tätigkeiten ist kein nachvollziehbarer gesellschaftlicher Bedarf mehr erkennbar. Die eingesparten Mittel dienen der Deckung des neu einzurichtenden Titels in Kapitel 07 060 "Zuschüsse an den Flüchtlingsrat NRW".</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
32	CDU	<p>Kapitel 07 060 Titel 684 14</p> <p>Erhöhung des Ansatzes um auf</p> <p>163 500 DM 300 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die Erhöhung der Mittel soll insbesondere der Verstärkung der grenzüberschreitenden Arbeit dienen. Die Deckung wird durch die Anträge der CDU-Vertreter im Haushalts- und Finanzausschuß erwirtschaftet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
33	GRÜNE	<p>Kapitel 07 060 Titel 684 30</p> <p>Kürzung des Ansatzes um auf</p> <p>260 000 DM 0 DM</p> <p>Kürzung der VE um auf</p> <p>80 000 DM 0 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Beiräte sind in der bestehenden Form Anachronismen aus Zeiten des Kalten Krieges und sachlich überflüssig. Die Landesförderung für die Beiräte ist deshalb einzustellen. Die eingesparten Mittel dienen zur Deckung des neuen Titels "Förderung des Flüchtlingsrats NRW".</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
34	CDU	<p>Kapitel 07 060 Titel neu 892 40 Zuschuß zur Sanierung der Gedenkstätte des deutschen Ostens auf Schloß Burg</p> <p>Ansatz 187 000 DM</p> <p>Begründung Die Deckung wird durch die Anträge der CDU-Vertreter im Haushalts- und Finanzanschluß erwirtschaftet</p>	zurückgestellt bis zur 3. Lesung
35	CDU	<p>Kapitel 07 060 TG 61 Titel 684 61</p> <p>Erhöhung des Ansatzes um 50 000 DM auf 290 000 DM</p> <p>Begründung: Die Erhöhung der Mittel um 50.000 DM soll für die Unterhaltung der Gedenkstätte des deutschen Ostens auf Schloß Burg eingesetzt werden. Die Deckung wird durch die Anträge der CDU-Vertreter im Haushalts- und Finanzanschluß erwirtschaftet.</p>	zurückgestellt bis zur 3. Lesung
36	GRÜNE	<p>Kapitel 07 060 TG 61 Kürzung des Ansatzes um 103 500 DM auf 393 700 DM</p> <p>Begründung: Die Einsparung dient der Deckung des neuen Titels "Förderung des Flüchtlingsrats NRW". Die Kürzung des Mittelansatzes soll in erster Linie zu Lasten der Tätigkeit der Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände sowie ihnen verbundener Organisationen und Institutionen gehen.</p>	Entfällt wegen der Ablehnung des Antrags zu lfd. Nr. 24

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
37	SPD	<p>Kapitel 07 060 TG 64 Landesmaßnahmen für Vertriebene, Heimkehrer, ausländische Arbeitnehmer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge</p> <p>Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer, S. 212</p> <p>Erweiterung der Überschrift: "\"Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und <i>Migrant- en/innen</i>\"</p> <p>Begründung: Sprachliche Anpassung an die aktuelle Aufgabenstellung.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
38	GRÜNE	<p>Kapitel 07 060 TG 64 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 5 000 000 DM auf 21 500 000 DM</p> <p>Begründung: Der Bedarf an sozialen Einrichtungen für ausländische Arbeitnehmerinnen ist gestiegen. Angesichts zunehmender rassistischer Tendenzen in der deutschen Wohnbevölkerung sind Angebote zur sozialen Eingliederung bei gleichzeitiger Förderung der kulturellen Selbstbestimmung für ausländische Arbeitnehmerinnen von großer Bedeutung.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
39	SPD	<p>Kapitel 07 060 TG 64 Titel 684 64 UT 1 Landesmaßnahmen für Vertriebene, heimkehrer, ausländische Arbeitnehmer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migrant- en/innen Zuschüsse für laufende Zwecke Personalkostenzuschüsse für Sozialberater, S. 212</p> <p>von 6 200 000 DM Erhöhung von 100 000 DM auf 6 300 000 DM Zus. 12 700 000 DM</p> <p>Begründung: Einrichtung einer Stelle zur psychosozialen Betreuung für Migrantinnen und Migranten. Deckung aus Kapitel 07 020 Titel 684 30</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
40	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 080 "Förderung von Patientenbeschwerdestellen" mit einem Ansatz von 1 000 000 DM</p> <p>Vermerk: Im Rahmen eines Modellprojekts fördert das Land die Errichtung und Unterhalten von je einer Patientenbeschwerdestelle pro Regierungsbezirk.</p> <p>Begründung: Die Forderung einer nachhaltigen Stärkung der Rechte der Patient/inn/en gegenüber den Erbringern medizinischer Leistungen ("Götter in Weiß") und den Kostenträgern wird seit langem erhoben. Die Einrichtung unabhängiger Beratungsstellen, die über Chancen und Risiken therapeutischer Methoden und ärztlicher Maßnahmen im Sinnes des Verbraucherschutzes aufklärt und die Bürger/innen bei der Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber Kassen und Ärzteschaft unterstützt, ist überfällig.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
41	GRÜNE	<p>Kapitel 07 080 TG 64 Erhöhung des Ansatzes um auf 2 500 000 DM 10 900 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>Die Erhöhung ist u.a. für die 'Betreuung von AIDS-Kranken' vorgesehen. Darüber hinaus werden die für den Haushalt 1995 gegenüber dem Haushalt 1994 vorgesehen Kürzungen bei den</p> <p>UT 1. AIDS-Aufklärungsmaßnahmen UT 2. Förderung der AIDS-Selbsthilfe UT 3. Förderung der AIDS-Koordinatoren an den Gesundheitsämtern UT 4. Psychologische Betreuung/Beratung UT 5. Youth-Worker Programm</p> <p>zurückgenommen. Es wird ein neuer UT "Betreuung von AIDS-Kranken" eingerichtet.</p> <p><u>Begründung:</u> Das Angebot an Betreuungen für AIDS-Kranke ist nach wie vor unzureichend. Mit den zusätzlichen Mitteln soll das Angebot entsprechend erweitert werden. Insbesondere sollen die Kürzungen in voller Höhe zurückgenommen werden. Darüber hinaus muß ein Netz von selbstorganisierten Spezialdiensten für AIDS-Kranke aufgebaut werden. Hierfür werden Mittel bereitgestellt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU F.D.P. GRÜNE</p> <p>nein Enth. Enth. ja</p>
42	F.D.P.	<p>Kapitel 07 080 TG 64 Erhöhung des Ansatzes um auf 1 000 000 DM 9 400 000 DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU F.D.P. GRÜNE</p> <p>nein Enth. ja ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
43	SPD	<p>Kapitel 07 080 TG 64 Titel 684 64</p> <p>Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS) Zuschüsse an freie Träger, S. 240</p> <p>von 5 709 500 DM Erhöhung um 300 000 DM auf 6 009 500 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Prävention hat sich bei der Bekämpfung von AIDS als entscheidender Schritt erwiesen. Insbesondere die frühzeitige Aufklärung junger Menschen und die Unterrichtung von Multiplikatoren (Primärprävention) durch Youthworker waren hierbei erfolgreich. Die bisher zur Verfügung stehenden Mittel sollten daher unangetastet bleiben.</p> <p>Deckung aus Kapitel 07 020 Titel 812 60</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
44	GRÜNE	<p>Kapitel 07 080 TG 71 Erhöhung des Ansatzes um auf 11 800 000 DM 44 800 000 DM</p> <p>Die Anhebung des Haushaltsansatzes erfolgt für die Bereiche</p> <p>UT 1. Sucht- und Drogenberatungsstellen Erhöhung des Ansatzes um auf 1 000 000 DM 8 737 000 DM</p> <p>UT 3. Drogenberater in den JVA Erhöhung des Ansatzes um auf 500 000 DM 1 440 000 DM</p> <p>UT 6. Niedrigschwellige Drogenarbeit Erhöhung des Ansatzes um auf 3 000 000 DM 4 850 000 DM</p> <p>UT 7. Nachsorge und berufliche Integration Erhöhung des Ansatzes um auf 1 000 000 DM 2 400 000 DM</p> <p>UT 9. Stationäre Therapieplätze Erhöhung des Ansatzes um auf 2 000 000 DM 7 750 000 DM</p> <p>UT 12. Sonstiges (Sucht und Frauen u.a.) Erhöhung des Ansatzes um auf 3 300 000 DM 4 715 000 DM</p> <p>neuer UT 13. Bekämpfung der Glücksspielsucht Ansatz 1 000 000 DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Begründung: Auszubauen ist insbesondere ein spezifisches Angebot für drogenabhängige Frauen. Zu einem entsprechenden Angebot gehören Orientierungseinrichtungen, in denen die Frauen die Möglichkeit erhalten sollen in einem geschützten Rahmen neue Wege zu erproben. Eingerichtet werden soll zudem eine Landeskoordinationsstelle für den Bereich 'Frauen und Sucht'. Hierfür sind DM 500.000 bereitzustellen. Darüber hinaus sind Notschlafstellen für Frauen einzurichten, die auch eine Übernachtungsmöglichkeiten für drogenabhängige Frauen mit Kindern bieten können. Neben einem erweiterten Angebot an stationären Therapieplätzen ist vor allem eine qualifizierte Entgiftung auszubauen. Hierbei soll aber auch eine konzeptionelle Neuorientierung vorgenommen werden, die stärker eine Ausdifferenzierung der Therapieangebote berücksichtigt und spezifische Angebote für Frauen vorsieht. Die niedrigschwelligen Angebote in der Drogenhilfe (Drogenkontaktaffes etc.) müssen über die im Modellprogramm hinaus geförderten Einrichtungen entsprechend erweitert werden. Sucht- und Drogenberatungsstellen sollen eine erweiterte Förderung erhalten. Ein Spritzenaustauschprogramm (200.000 DM) soll aufgelegt werden. Das Modellprojekt "Gesundheitsraum" ist auf drei Standorte zu erweitern. Um eine zu starke Konzentration von Abhängigen an einer solitären Einrichtung im jeweiligen Stadtgebiet zu vermeiden, sind pro Standort mehrere Gesundheitsräume dezentral einzurichten. Orientierungseinrichtungen und Tageseinrichtungen sollten zumindest in jeder Region vorhanden sein. Auszubauen bzw. aufzubauen sind ambulante Nachsorgeangebote in der sozialen und psychologischen Betreuung wie auch in der stationären Nachsorge im Bereich Wohnen.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
45	CDU	<p>Kapitel 07 080 TG 71 UT 1 Sucht- und Drogenberatungsstellen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes um 600 000 DM auf 8 335 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die Sucht- und Drogenberatung muß in Nordrhein-Westfalen weiter ausgebaut und verbessert werden. Zur Deckung der Erhöhung des Ansatzes wird die Erprobung von sog. "Gesundheitsräumen" gestrichen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>
46	CDU	<p>Kapitel 07 080 TG 71 UT 12 Sonstiges</p> <p>Kürzung des Ansatzes um 600 000 DM auf 815 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die Mittel zur Erprobung eines sog. "Gesundheitsraumes" werden gestrichen. Die Streichung dient zur Deckung der Erhöhung des Ansatzes für die Sucht- und Drogenberatung</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
47	CDU	<p>Kapitel 07 080 TG 71 Titel 684 71</p> <p>Erhöhung des Ansatzes um 4 400 000 DM auf 28 020 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Mit der Erhöhung des Ansatzes um 4,4 Mio. DM sollen insbesondere die Drogenprophylaxe sowie die Nachsorge und die berufliche Integration verstärkt werden. Die Deckung wird durch die Anträge der CDU-Vertreter im Haushalts- und Finanzausschuß erwirtschaftet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
48	CDU	<p>Kapitel 07 080 TG 71 Titel 893 71</p> <p>Erhöhung des Ansatzes um auf</p> <p>15 000 000 DM 20 350 000 DM</p> <p>Begründung: Lange Wartelisten und die große Nachfrage nach Therapieplätzen im Zusammenhang mit dem Projekt "Therapie Sofort" zeigen, daß in Nordrhein-Westfalen die Plätze in stationären Therapieeinrichtungen bei weitem nicht ausreichen. Mit der Erhöhung der Mittel um 15 Mio. DM sollen 250 zusätzliche Therapieangebote geschaffen werden. Die Deckung wird durch die Anträge der CDU-Vertreter im Haushalts- und Finanzausschuß erwirtschaftet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
49	GRÜNE	<p>Kapitel 07 110 Titel 525 10</p> <p>Erhöhung des Ansatzes um auf</p> <p>1 000 000 DM 1 353 000 DM</p> <p>Begründung: Die für den Arbeits- und Gesundheitsschutz zuständigen Bediensteten der Gewerbeaufsicht können ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn Qualifikation und Kenntnisse mit den wachsenden Anforderungen und dem wachsenden Stand ergonomischer und arbeitsmedizinischer Erkenntnisse Schritt halten. Qualifizierung ist auch für die Aneignung und Umsetzung der Arbeits- und Gesundheitsschutzrichtlinien der EU erforderlich. Eine deutliche Verstärkung der Qualifizierungsarbeit in diesem Bereich ist daher geboten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
50	GRÜNE	<p>Kapitel 07 110 Titel 526 20</p> <p>Erhöhung des Ansatzes um auf</p> <p>407 000 DM 4 160 000 DM</p> <p>Begründung: Mehr in Anpassung an die wachsenden Anforderungen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
51	SPD	<p>Kapitel 07 330 Titel 546 30 Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen</p> <p>von Kürzung um auf</p> <p>700.000 DM 300.000 DM 400.000 DM</p> <p>Begründung: Deckung für Kapitel 11 030 Titel 684 20</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts-
und Finanzausschuß des Landtags

Anlage zu den	
Vorlagen	11/3420
	11/3421
	11/3422
	11/3423 (Neudruck)

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1995

- Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales -

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
<p><u>07 020</u></p> <p>684 30</p>	<p><u>Hinweis zu den einzelnen Titeln:</u> Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern.</p> <p><u>Allgemeine Bewilligungen</u></p> <p>Zuschuß an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen - e.V. Oberhausen (TBS)</p> <p><u>Änderungen der Erläuterungen:</u> Ausgaben I. Institutionelle Förderung 2. Sächliche Verwaltungsausgaben bisher 1.600.900 DM Erhöhung um 100.000 DM auf 1.700.900 DM Zwischensumme I: 5.473.900 DM</p> <p>Finanzierung der Ausgaben I. Institutionelle Förderung 1. Eigene Mittel und sonstige Mittel bisher 1.140.500 DM Erhöhung um 200.000 DM auf 1.340.500 DM</p> <p>5. Zuschuß des Landes NRW aus Kapitel 07 020 Titel 684 30 bisher 4.233.400 DM Kürzung um 100.000 DM auf 4.133.400 DM Zwischensumme I: 5.473.900 DM</p>	<p>4.460.000</p>	<p>-100.000</p>	<p>4.360.000</p>

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
(07 020)	<u>Titelgruppe 60</u> Automation der Haushalts-, Kassen- und Rechnungs- legungsverfahren MAGS			
812 60	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen für die Datenverarbeitung	5.000.000	-300.000	4.700.000
	<u>Titelgruppe 64</u> Förderung von Bau- und Ausstattungsinvestitionen für Einrichtungen der beruflichen Qualifizierung und Weiter- bildung (Berufsbildungsstätten) (Ausgaben und Verpflichtungsermächtigung unverändert)			
	<u>Haushaltsvermerk Nr. 3 - neu -:</u> Siehe Deckungsvermerk bei Titelgruppe 80.			
	<u>Titelgruppe 80</u> Förderung von Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation (Ausgaben und Verpflichtungsermächtigung unverändert)			
	<u>Haushaltsvermerk Nr. 3 - neu -:</u> Die Ausgaben dürfen bis zu 500.000 DM der Einspa- rungen bei Titelgruppe 64 überschritten werden.			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
07 050	<u>Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen</u>			
653 61	<u>Titelgruppe 61</u> <u>Landesjugendplan</u> Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe Änderung der Erläuterungstabelle zu Titel 653 61: UT 12: Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten (LJP II/1) bisher 29.060.000 DM Kürzung um 500.000 DM auf 28.560.000 DM UT 14: Förderung sozialpädagogischer Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf (LJP III/3) bisher 7.100.000 DM Erhöhung um 500.000 DM auf 7.600.000 DM UT 28 (neu): Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden freie Träger der Jugendhilfe und sonstige Träger zur Förderung der Zusammenarbeit von Jugend- arbeit und Schule bei der Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern bisher 0 DM Erhöhung um 1.000.000 DM auf 1.000.000 DM	36.262.000	+1.000.000	37.262.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
07 060	<u>Landesmaßnahmen für Vertriebene, Heimkehrer, ausländische Arbeitnehmer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge</u>			
	<u>Titelgruppe 64</u> <u>Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migrant-en/innen</u>			
684 64	Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände Änderung der Erläuterungstabelle zu Titel 684 64: UT 1 : Personalkostenzuschüsse für Sozialberater bisher 6.200.000 DM Erhöhung um 100.000 DM auf 6.300.000 DM	12.600.000	+100.000	12.700.000
<u>07 080</u>	<u>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</u>			
	<u>Titelgruppe 64</u> Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS)			
684 64	Zuschüsse an freie Träger Änderung der Erläuterungstabelle zu Titel 684 64: UT 5 : Youth-Worker Programm bisher 2.800.000 DM Erhöhung um 300.000 DM auf 3.100.000 DM	5.709.500	+300.000	6.009.500

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
<u>07 330</u>	<u>Dienststellen der Kriegsopferversorgung</u>			
546 30	Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	700.000	-300.000	400.000
	<u>Abschluß Einzelplan 07:</u>			
	Einnahmen	1.505.660.100	-	1.505.660.100
	Ausgaben	6.921.637.100	+700.000	6.922.337.100
	Verpflichtungsermächtigungen	1.662.407.200	-	1.662.407.200